

Gewerkschaften und Parteien — Die aktuellen Probleme im Licht politikwissenschaftlicher Untersuchungen und Konzeptionen

Prof. Dr. rer. pol. Hans-Hermann Hartwich, Jahrgang 1928, promovierte 1959 mit einer Arbeit über staatliche Schlichtung und Metallindustrie in der Weimarer Republik. Habilitationsschrift 1969 über „Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo“. 1970 bis 1973 in Berlin, ab 1973 an der Universität Hamburg ordentlicher Professor für politische Wissenschaft. Neben den genannten Büchern neuere Veröffentlichungen über die politische Bedeutung von Arbeitsrecht und Arbeitsgerichtsbarkeit.

Der Kompromiß der sozial-liberalen Koalition in der Frage der paritätischen Mitbestimmung sowie die frühzeitige Festlegung des SPD-Bundeskanzlers gegenüber den Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes waren vor allem Probleme, die Anfang 1974 schlagartig für eine sehr breite Öffentlichkeit die Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien aufwarfen. Es erscheint sinnvoll, diese aktuellen Probleme aufzugreifen und sie mit neueren politikwissenschaftlichen Untersuchungen und Konzeptionen zu konfrontieren. Eine solche Darstellung ist nur als Rationalisierung aktueller politischer Auseinandersetzungen und Verhaltensweisen, wie sie die politische Wissenschaft empirisch und theoretisch erarbeitet hat, sinnvoll. Insofern versteht sich dieser Aufsatz durchaus politisch und nicht als Sammelbesprechung neuer Bücher. Auf das Thema bezogen heißt dies zur Einleitung:

- Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, waren schlecht beraten, als sie im Frühjahr 1973 mit Rücksicht auf die Bundesregierung, gebildet aus SPD und FDP, lohnpolitische Zurückhaltung übten, ihre eigene Basis damit gefährdeten, „Erwartungen“ politischer Art damit verbanden.
- Der Kanzler reflektierte auf der anderen Seite Anfang 1974 nicht genug die veränderten Bedingungen des Verhältnisses von Gewerkschaften und SPD, als er — wohl aus dem traditionellen Selbstverständnis der SPD heraus — Respekt für die von ihm artikulierte und im Rahmen *seiner* Bedingungen durchgesetzte Politik forderte. Weder in der Lohnpolitik noch im Mitbestimmungskompromiß konnte er das volle Einverständnis der Gewerkschaften finden.

Diese Vorgänge sollten nicht Gegenstand emotionaler Verbitterung sein. Soweit dies eingetreten ist, lag es an den Erwartungen. Hier ist Rationalisierung dringend erforderlich. Sie muß vor allem auf zwei Faktoren aufbauen, die in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zum Gegenstand politikwissenschaftlichen Interesses geworden sind:

1. Die Veränderung in der „Sozialstruktur“ der Parteien und damit die Frage der Vertretung spezifischer Interessen durch die Willensbildungsprozesse in den Parteien.
2. Die Frage der Handlungsautonomie von Regierungen angesichts zunehmender Bedeutung des Staates für die ökonomischen Entwicklungen in kapitalistischen Gesellschaften und damit natürlich die Frage der Handlungsautonomie von *Regierungsparteien*.

Es liegt auf der Hand, daß diese Faktoren gerade die geschärfte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften verdienen; aus den Veränderungen ergeben sich wichtige Konsequenzen etwa für realistische Erwartungshaltungen gegenüber der SPD, für die Autonomiefrage im Bereich der Löhne und Arbeitsbedingungen und für die künftige gewerkschaftliche Strategie.

Wandlungen in der Sozialstruktur der Parteien

In den regelmäßigen Berichten über die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten von *Kurt Hirche* ist angesichts permanent steigenden Anteils (im 7. Bundestag rd. 53,4 Prozent) ein deutliches Schwanken zwischen Optimismus und Skepsis erkennbar. So betonte er in seinem jüngsten Beitrag ¹⁾, daß nach der Wahl von 1972 wegen der Zusammensetzung des Bundestages und wegen des erklärten Willens der sozial-liberalen Regierung die „Chancen für fortschrittliche Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ so groß wie nie zuvor seien. Er benutzte Begriffe wie „Gewerkschaftsfraktion“, „gewerkschaftlicher Machtblock“, „Gewerkschaftsparlament“ und lehnte gleichzeitig zu Recht Mißdeutungen in Richtung auf einen „Gewerkschaftsstaat“ ab. „Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder und Funktionäre ihrer Partei und dieser in aller Regel viel stärker verbunden als ihrer Gewerkschaft.“ Immer wieder „wurde die Partei über die Gewerkschaft gestellt, und daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern“. Dies ist vollkommen richtig. Warum aber steht dann dennoch am Anfang und am Ende Optimismus in bezug auf die verstärkte Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen? Die Antwort kann nur lauten: „Weil aus traditionellen Gründen von der Tatsache, daß die SPD die Bundesregierung führt und stärkste Partei im Bundestag ist, erwartet wird, daß diese Interessen im Gegensatz zu den Verhältnissen bei anderer Zusammensetzung des Bundestages und der Bundesregierung stärker zum Zuge kommen.“ Auch vom Programm her darf dies angenom-

1) Gewerkschaftliche Monatshefte 2/73, S. 90.

men werden. Wie sieht es aber im konkreten Fall aus, etwa wenn zwischen divergierenden Interessen, zwischen potentiellen Wählern und klar formulierten Gewerkschaftsinteressen entschieden werden muß? Wie sieht es bei Entscheidungen aus, bei denen die eine Seite an Regierungsverantwortung, Mehrheit, Wähler denkt, während die andere, die Arbeitnehmerseite, unmittelbar betroffen ist (z. B. durch die Unmöglichkeit, angesichts extremer Preissteigerungen den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten)? „Betroffenheit“ ist vermutlich eine Kategorie, die recht gut in solchen Fällen unterschiedliche Verhaltensweisen und Entscheidungen zu erklären vermag. Wo sind Parteimitglieder, wo organisierte Arbeitnehmer primär betroffen? Das hängt mit der Sozialstruktur zusammen. Die Erwartungen in bezug auf die SPD beziehen sich traditionell auf ihre Entwicklung als Arbeiterpartei, mit einer angenommenen Dominanz von Arbeiter- und Angestelltenschaft, auch im Zeichen der Entwicklung zur „Volkspartei“. Nachdem die verfügbare Datenbasis jahrelang dürftig und nur eingeschränkt belegbar war, hat das Referat Organisation des SPD-Parteivorstandes unlängst „offizielle“ Zahlen herausgegeben²⁾.

Berufliche Gliederung der Mitglieder der SPD auf Bundesebene im Zeitverlauf (in Prozent)

	1952	15. 6. 1973
Arbeiter	45	26,43
Angestellte	17	21,93
Beamte	5	8,96
Selbständige	12	4,83
Landwirte	2	0,36
Rentner	12	13,35
Hausfrauen	7	9,92
In Ausbildung	—	6,84
Keine Angabe	—	6,62
Restgruppe	—	0,76

Die hier herangezogene neueste empirische Untersuchung stellt generell zur „sozialen Basis“ der Parteien fest, „daß es für Lohnabhängige und ihre Vertreter unter den vier Parteien (SPD, CDU, CSU und FDP, d. Verf.) nur in der SPD eine geeignete Ausgangsposition zur Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen gibt“³⁾.

Aber gerade bei dieser Partei habe sich gezeigt, daß seit dem Eintritt in die Regierungsverantwortung (Große Koalition ab Ende 1966) — keineswegs so deutlich seit dem Godesberger Parteitag 1959 — der Anteil der Arbeiter zugunsten des Anteils anderer Berufsgruppen und damit Interessen markant zurückgegangen sei.

2) Vgl. Schmollinger, Horst W.: Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZfParl), H. 1/74, S. 62.

3) a. a. O., S. 73.

Die Öffnung dieser Partei für andere Interessen als die der Lohnarbeiter bedeute damit konsequenterweise die Aufgabe spezifischer Arbeiterinteressen. Im übrigen sei der prozentuale Rückgang des Arbeiteranteils in der SPD beträchtlich größer als der Rückgang des Anteils der Arbeiter an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung.

Der Strukturwandel innerhalb der SPD wird vielleicht noch deutlicher, wenn man die berufliche Gliederung der 1972 neu in die SPD aufgenommenen Mitglieder betrachtet (in Prozent):

	CDU/BRD 1973	SPD/BRD 1972	SPD/Land. org. Hamburg 1973
Arbeiter	11	27,6	16,0
Angestellte	26	25,0	26,9
Beamte	13	9,0	8,0
Rentner	6	3,7	13,8
Selbständige	28	3,6	3,4
Hausfrauen	8	9,0	14,6
Lehrlinge	—	3,9	0,7
Landwirte	s. Selbst.	0,3	0,0
Soldaten	—	1,1	0,3
Studenten und Schüler	5	15,9	7,0
ohne Berufsangabe	3	0,9	9,1

aus: Schmollinger, ZfParl, a. a. O., Tab. 2 + 4 (Auszug), sowie für Hamburg 1973: Hamburger Kurs, H. 1/74, S. 13.

Arbeiter, so lautet ein Fazit des Autors, seien unter den Mitgliedern der CDU eine Randgruppe. Aber auch generell: „Arbeiter treten heute in weitaus geringerem Maße (einer Partei, d. Verf.) bei, als dies andere tun⁴⁾.“ Zwar ist der Organisationsgrad der Wohnbevölkerung über 16 Jahre in den Parteien mit 2,55 Prozent (1968) insgesamt äußerst gering, bei den Arbeitern liegt der Organisationsgrad aber noch darunter (2,41 Prozent). Am stärksten sind die Beamten organisiert (8,76 Prozent), es folgen die Selbständigen (5,14 Prozent) und dann die Angestellten (3,05 Prozent)⁵⁾. Mit diesen Zahlen ist eine Richtung angedeutet, der *Schmollinger* in seiner Untersuchung besondere Aufmerksamkeit widmet: der Veränderung des Verhältnisses zwischen öffentlichem Dienst und Parteimitgliedschaft, Parteiführung und Interessenorientierung einer Partei. Angesichts des auch in den einzelnen Parteien nachweisbaren hohen Anteils der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (überwiegend Beamte und Angestellte), spricht der Autor von „weitgehender Interessenidentität von Parteiapparat und „Staatsdienern“. Parteien sind für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zunehmend interessant als Karrierevehikel. Umgekehrt ließen die spezifischen Interessen der im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Beamten „erwarten, daß sie sich bei umstrittenen Entscheidungen eher im Sinne der Parteiführungen entschei-

4) a. a. O., S. 82.

5) a. a. O., Tab. 10 und 12, S. 74 und 76.

den". Die „Durchsetzungschancen von Industriearbeitern und Angestellten in der Industrie" schätzt er dagegen in SPD und CDU „äußerst gering" ein ⁶⁾. Hingewiesen wird schließlich auch noch auf eine weitere Folge wachsender „Staatsnähe" der Parteien: ihr Interesse an „Experten" und umgekehrt, die Chance von „Experten" innerhalb der Parteien. In CDU und SPD haben schließlich Beamte und Selbständige (CDU) sowie Angestellte und Beamte (SPD) gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft überproportional Wähllämter auf Gemeinde- und Kreisebene inne.

Wie sich die Wahlentscheidungen, gegliedert nach beruflicher Schichtung, in bezug auf SPD und CDU/CSU veränderten, belegt eine andere politologische Untersuchung ⁷⁾. Danach entschieden sich — um zwei besonders markante Wahljahre herauszugreifen — 1965 bei den Arbeitern (nach Beruf des Haushaltsvorstandes) 54 Prozent für die SPD, 42 Prozent für die CDU/CSU; 1972 war dann das Verhältnis 66 zu 27 Prozent. In dieser Zahl zeigte sich die gegenläufige Entwicklung von Wähler-, d. h. im Prinzip Erwartungshaltungen, zur Parteimitgliedschaft bei der SPD besonders deutlich. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Parteimitgliedschaft und der Wählerentscheidung liegt recht eindeutig und allein bei der Gruppe der Arbeiter. Hier besteht eine markante Gegenläufigkeit in bezug auf die für diese Gruppe traditionell wichtigste Partei: Die SPD findet bis 1972 hier immer mehr Wähler, jedoch relativ gesehen immer weniger Parteimitglieder. Wie lange kann unter diesen Umständen noch eine spezifische Vertretung von Arbeitnehmerinteressen als gesichert angenommen werden? Sicher erscheint auf der anderen Seite, daß — wenn man von „Arbeitnehmern" oder unselbständig Beschäftigten oder auch von „Lohnabhängigen" (Schmollinger) spricht und damit Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenfaßt ⁸⁾ — die SPD von ihrer Wähler- und von ihrer Mitgliederstruktur her keine Diskrepanz aufweist. Diese Art der Zusammenfassung ist aber nach all dem Gesagten eine politische Selbsttäuschung, sowohl bei der SPD als auch bei den Gewerkschaften, denen diese Zusammenhänge nicht gleichgültig sein dürfen.

Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Parteimitgliedern betrug nach der offiziellen Mitgliederstatistik der SPD vom 15. Juni 1973, die erstmals bei Schmollinger abgedruckt wurde, 24,8 Prozent. Dabei waren etwa 43 Prozent der abhängig Beschäftigten SPD-Mitglieder zugleich auch gewerkschaftlich organisiert ⁹⁾. Damit ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad von SPD-Mitgliedern zurückgegangen. Die Vermutung liegt nahe, daß dies mit dem höheren Anteil an Angestellten und Beamten unter den Parteimitgliedern zusammenhängt, für die

6) a. a. O., S. 76.

7) Pappi, Franz Urban: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), H. 2/73, S. 199. 8) a. a. O., S. 209. 9) Schmollinger, a. a. O., S. 86.

die gewerkschaftliche Organisierung nicht ganz so selbstverständlich ist. Schmollinger kommt allerdings auf Grund seiner Untersuchungen zum Ergebnis, daß dies die Einschätzung des Zusammenhangs von Gewerkschaftsmitgliedschaft und SPD-Mitgliedschaft nur graduell verändere. Seine Argumentation vermag nicht voll zu überzeugen, so daß auch in diesem Punkt eher ein erkennbarer Wandel registriert werden sollte.

Differenziert kennzeichnet Schmollinger das Problem weiter mit der Feststellung, daß die „hohe Affinität von Gewerkschaftsmitgliedern zur Sozialdemokratischen Partei“ der SPD erhalten bleibt, trotz einer erkennbaren „Aufweichung dieser Affinität“. Die Parteimitgliedschaft ersetze aber Arbeitern nicht die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Unter Berufung auf *Nils Diederich*, der in einer Untersuchung „Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD“¹⁰⁾ feststellt, daß viele SPD-Mitglieder über die Betriebsarbeit der Gewerkschaften gewonnen werden als eine Art „Solidaritätsgeste“ der Arbeiter gegenüber der SPD, formuliert Schmollinger: „Diese Art der Selbstverständlichkeit der Doppelmitgliedschaft, die für Angestellte und Beamte in der SPD in umgekehrtem Sinne zutreffen dürfte, zeigt schließlich, in welcher Weise die Gewerkschaftsmitgliedschaft von Bundestagsabgeordneten zu werten ist: eher als selbstverständliche Geste der Neigung, als Ausdruck traditioneller Verbundenheit, denn als Ausdruck der Übereinstimmung in den politischen Zielen¹¹⁾.“

Schmollinger kommt in seiner neuesten Untersuchung über die wesentlichen strukturellen Bedingungen der Einflußmöglichkeiten vor allem von Arbeitern und Angestellten im nichtöffentlichen Bereich zu einem Ergebnis, das auch diesem Beitrag insgesamt als zentrale These zugrunde liegt: Veränderungen der Politik seien bei der jetzigen Konstellation des Parteiensystems in der Bundesrepublik „nicht“ — es sollte besser heißen: „viel weniger als früher“ — in den Parteien, sondern eher außerhalb zu erreichen. „Die Organisation, die dies erreichen kann, ist die Gewerkschaft, denn sie organisiert die materiellen Interessen von Arbeitern. Die Einflußchancen über die Gewerkschaften liegen darin begründet, daß sie in der Lage sind, tatsächlich vorhandene Interessen, und dies sind zunächst immer materielle Interessen, zu artikulieren, zu aggregieren und schließlich zu verallgemeinern, daß sie nicht mehr unberücksichtigt bleiben können¹²⁾.“

Die zitierten Untersuchungen erscheinen nicht zuletzt deshalb hilfreich und instruktiv, weil sie einen ersten Schritt in Richtung auf eine Differenzierung jener Stereotype darstellen, die da lautet: Parteien hätten ein existentielles Interesse daran, Wähler aller Schichten zufriedenzustellen! Schichtenspezifisch betrachtet versetzt aber möglicherweise die veränderte Zusammensetzung ihrer Mitglied-

10) In dem von Jürgen Dittrich und Rolf Ebbighausen herausgegebenen, wichtigen Sammelband: *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 48.

11) Schmollinger, a. a. O., S. 86.

12) Ebd.

schaft die Parteien immer weniger in die Lage, der Situation der immer noch größten beruflichen Schicht gerecht zu werden. Nun gibt es natürlich klare Indizien dafür, daß auch von den Parteien her die enge Verbindung zumindest zur gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft gesucht wird. Allerdings gibt es ebenso deutliche Indizien dafür, daß die Verbindung immer noch eher im Sinne eines Transmissionssystems betrachtet wird¹³⁾ — man muß hoffen, daß dies für die 1973 nach langen Widerständen gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ nicht mehr gilt —, und als Sicherung von Massenloyalität¹⁴⁾.

Das Fazit jedenfalls einer zahlreicher werdenden, empirisch basierten politikwissenschaftlichen Literatur ist, daß die Handlungsinteressen, die Handlungsspielräume und die Handlungslegitimationen der politischen Parteien in bezug auf die abhängig Beschäftigten schärfer beobachtet werden müssen. Der nachgezeichnete empirisch-analytische Weg ist dabei einer der Wege, der ohne jeden Zweifel Ergebnisse erbringt, die die Abkehr von lieb gewordenen Selbstverständnissen und die Besinnung auf eine autonome und breiter politisch angelegte gewerkschaftliche Strategie verlangen.

Regierungsparteien im kapitalistischen Kontext

Die Frage nach dem Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien, nach der möglichen Offenheit und Aufnahmefähigkeit der großen Parteien für fundamentale Interessen von Arbeitern und Angestellten sowie nach ihrem Engagement in der Durchsetzung solcher Interessen, ist zunehmend eine Frage der Handlungsmöglichkeiten des parlamentarisch-demokratisch gelenkten Staates und seiner politischen Institutionen geworden. Die Frage nach der „relativen Autonomie des Politischen“ gegenüber den ökonomischen Machtstrukturen und Prozessen, dem für uns „kapitalistischen Kontext“¹⁵⁾, wird damit auch für politikwissenschaftliche Untersuchungen immer zentraler. Da es richtig ist, daß Parteien danach streben, die politische Willensbildung zu organisieren und politische, d. h. Regierungsverantwortung zu übernehmen, müssen die Probleme des „Staates in der kapitalistischen Gesellschaft“ und der Parteien zusammen gesehen werden.

Welche Funktionen haben eigentlich heute die Parteien? Nach *Massing*¹⁶⁾ hat sich die Rolle der Parteien heute fundamental verändert. Ursprünglich habe sie darin bestanden, politische Interessen mittels parlamentarischer Auseinandersetzung zu artikulieren und in politisches, interessengebundenes Handeln umzusetzen. Heute seien die Parteien unmittelbar in die Rolle „politischer Verteilerorgane“

13) Vgl. dazu Schmollinger, Horst W.: Gewerkschaften in der SPD — eine Fallstudie, in: Dittberner/Ebbighausen, a. a. O., S. 229 ff.

14) Vgl. Ebbighausen, Rolf: Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie, in: Dittberner/Ebbighausen, a. a. O., S. 27 ff.

15) Miliband, Ralf: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Analyse des westlichen Machtsystems, Frankfurt/M. 1972.

16) Massing, Ofwin: Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses — Aspekte politischer Soziologie, in: Kress/Senghaas: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/M. 1969, S. 336.

gerückt. Ihre Attraktivität liege darin, daß sie die tatsächliche (als Regierungspartei) oder nur prospektive (als Oppositionspartei) Chance hätten, „an den Schalthebeln der politischen Macht zu stehen, Kurations- und Gestaltungsfunktionen auszuüben“. Massing sieht hier die Parteien als „Agenten des gegenwärtigen interventionistischen Staatskapitalismus“, die den „blinden Automatismus“ des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems planvoll und programmorientiert steuern. Während bei dieser Perspektive die Autonomie parteipolitischer Handlungsmöglichkeiten groß und damit die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft sowie ihre primäre Interessenorientierung als besonders bedeutsam erscheint, bleibt in der Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) keinerlei Spielraum. Das Parteiensystem in der Bundesrepublik widerspiegele „den Prozeß der Restauration der Macht der Monopole und den allseitigen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus“¹⁷⁾.

Die Beurteilung der Funktion und der Handlungsmöglichkeiten der Parteien muß vieldimensional sein. Keineswegs kann geleugnet werden, daß die Parteien und insbesondere natürlich Regierungsparteien eingebunden sind in die bestehenden ökonomischen Grundstrukturen, mehr oder weniger abhängig sind von daraus folgenden ökonomischen Prozessen. Praktisch zeigt sich dies z. B. schon in dem immer wieder diskutierten Phänomen, daß die Anerkennung und die Stabilität unseres Parteiensystems offenbar weniger auf seiner verfassungsmäßigen Legitimierung durch Art. 21 GG als mehr auf der „empirischen“, der Sicherung und Garantie von materiellem Wohlstand, von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit beruht. Krisenerscheinungen und Unsicherheiten gefährden offensichtlich dieses System, wie sich 1966/67 zeigte. Der aus dieser Erkenntnis folgende Zwang für die bestimmenden Parteien, die Massenloyalität dauerhaft zu sichern, beschränkt die rein interessengebundene Handlungsautonomie und macht regierende Parteien abhängig von der Anerkennung der für wirtschaftliches Wachstum gegenwärtig wichtigen Macht- und Herrschaftsfaktoren, also primär von Arbeitgeber- und Unternehmerinteressen. Dieser Zusammenhang sollte klar ausgesprochen werden. Die Beschwörung des Wohls der Allgemeinheit gegenüber etwa „partialen“ Interessen verbirgt immer häufiger nur noch sehr unvollkommen den Umstand fehlender Autonomie¹⁸⁾. Das wissen die Parteien so gut wie die Gewerkschaften.

Die Probleme liegen aber noch tiefer. Zum einen ist es über das oben zur Massenloyalität Gesagte hinaus ein ernst zu nehmender Diskussionsgegenstand geworden, ob nicht die Regierungsbeteiligung einer traditionellen Arbeitnehmerpartei wie der SPD heute an sich lebensnotwendig für die dauerhafte Sicherung von Massenloyalität geworden ist¹⁹⁾. Sie konnte nicht immer gewissermaßen „vor der

17) So etwa: Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Die westdeutschen Parteien 1945—1965, Berlin (O) 1966, S. 63; siehe auch: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, hrsg. von Paul Boccara u. a., Frankfurt/M. 1972.

18) Vgl. hierzu auch Ebbighausen, a. a. O., S. 30, und Dittbner, a. a. O., S. 474.

19) So z. B. Jaeggi, Urs.: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1973, S. 194.

Türe stehen", aber es ist noch keineswegs entschieden, ob sie nicht wie andere sozialdemokratische Parteien nur „Gast in der Macht" ist. *Klönne* befaßt sich ausführlicher mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung oder auch -führung²⁰⁾.

Solche Regierungsübernahmen seien im Interesse langfristiger gesamtkapitalistischer Entwicklungen durchaus zur Vornahme eines „Modernisierungsschubs" notwendig. Derartige Reformen unter der Regie sozialdemokratischer Parteien seien aber dennoch vom kapitalistischen Interesse her gesehen stets ambivalent. Nicht so sehr wegen der Möglichkeit „systemüberschreitender" Reformen als vielmehr wegen der Qualifizierung des gesellschaftlichen Anspruchsniveaus und deshalb, weil sozialdemokratische Regierungspolitik gegenwärtig die Erwartungen der Klasse der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die sie als Massenbasis braucht, in bestimmten Fragen eben nicht erfüllt — und damit den Blick auf illegitime gesellschaftliche Machtpositionen freilegt" ²¹⁾. Aus dieser Perspektive wertet Klönne die Funktion einer sozialdemokratischen Partei in der Bundesrepublik, in Großbritannien, Skandinavien und Frankreich „nicht als die eines fixierten stabilen Integrationsinstruments, sondern sie muß als die eines ‚Grenzträgers‘ kapitalistischer Herrschaft definiert werden. Nach Lage der Dinge können in diesen Staaten nur die sozialdemokratischen Parteien den herrschenden Kapitalinteressen eine Massenlegitimation geben — diese Funktion können sie aber wiederum nur dann wahrnehmen, wenn sie sich auf eine soziale Basis stützen, deren Interessen objektiv der kapitalistischen Herrschaft entgegengesetzt sind. Aus dieser paradoxen Situation resultiert die ‚Doppelsichtigkeit‘ der Sozialdemokratie" ²²⁾.

Was sind, auf unser Thema bezogen, nun die aus dieser Argumentation folgenden Erkenntnisse? Man muß feststellen, daß kaum von einem „Versagen" sozialdemokratischer Reformpolitik gesprochen werden kann. „Ihre Präsenz in der Regierung ermöglicht für die Arbeiterklasse bestimmte Reformen; es lassen sich Konzessionen herausholen ²³⁾." Problematisch ist aber in der Tat, daß die sozialdemokratische Regierungspolitik „nicht sagen will oder nicht mehr zu sagen weiß, weshalb ihre Reformabsichten an Grenzen stoßen und wo jene Souveränität zu finden ist, die demokratische Entscheidungsinstanzen mühelos zu überspielen imstande ist" ²⁴⁾. Dies zielt, wohl gemerkt, nicht auf einen „freidemokratischen Koalitionspartner", der sich als Hemmschuh erweist, nicht auf „den" Wähler, den man im Auge behalten muß. Gemeint sind restriktive strukturelle Bedingungen sozialdemokratischer Regierungspolitik, die sich vor allem im Zwang zur primären Beachtung von unternehmerischen Kräften und Interessen niederschlagen.

20) Klönne, Arno: Sozialdemokratie — eine Agentur kapitalistischer Interessen? in: Der bürgerliche Staat der Gegenwart. Formen bürgerlicher Herrschaft II, hsg. von R. Kühnl, Reinbek 1972.

21) a. a. O., S. 85.

22) a. a. O., S. 86.

23) Jaeggi, a. a. O., S. 194.

24) Klönne, a. a. O., S. 84..

Diese Bedingungen gehören mit zur Problematik des Verhältnisses von Gewerkschaften und Parteien, sie gehen natürlich auch über die eingangs behandelten Aspekte der Mitgliederstruktur hinaus.

Ralph Miliband hat sich in seinem wichtigen Buch mit der Frage sehr ausführlich beschäftigt, warum bisher sozialdemokratische oder auch sozialistische Regierungsparteien keine grundlegenden Veränderungen des „kapitalistischen Kontextes“ bewirken konnten. Ein Fazit: „Das Problem liegt nicht in den Wünschen und Intentionen der Machthaber, sondern in der Tatsache, daß die Reformer mit oder ohne Anführungszeichen, die Gefangenen und gewöhnlich die freiwilligen Gefangenen eines ökonomischen und sozialen Rahmens sind, der ihre reformerischen Proklamationen notwendigerweise in bloßes Wortmachen verkehrt, wie ehrlich sie auch gemeint sein mögen²⁵⁾.“ Miliband belegt in seinem Buch anschaulich und materialreich die abstrakt-theoretischen Feststellungen von Klönne, indem er z. B. die Politik der Volksfrontregierung nach dem Wahlsieg von 1936 in Frankreich und die Politik der *Labour Party* in England nach 1945 analysiert. Für uns mögen zwei Formulierungen einen sinnvollen Übergang zur aktuellen Problematik ermöglichen. „Wann immer Regierungen, wie das mehr und mehr der Fall ist, es für ihre Pflicht hielten, bei Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Lohnempfängern direkt zu intervenieren, war das Ergebnis eher für die letzteren als für die ersteren unvorteilhaft.“

Es sei letztlich gleichgültig, wie eine staatliche Intervention durch die Regierung (also die Regierungspartei oder -koalition) motiviert werde, mit dem „nationalen Interesse“, „dem Schutz der Allgemeinheit“, der „Sicherung des Gemeinwohls“ u. a. m. Dies mache im Prinzip die Intervention für die Arbeitgeber nicht weniger nützlich²⁶⁾. Wenn nach Auffassung einer Regierung das nationale Interesse mehr oder weniger unauflöslich mit den Geschicken kapitalistischer Unternehmen verbunden sei, dann sei offenkundige Parteilichkeit für sie selbst in Wirklichkeit gar keine Parteilichkeit mehr²⁷⁾. Für die Bundesrepublik aktuell sind analoge Probleme. Wenn eine Rezession nur durch massive private Investitionen überwunden werden kann, dann liegt ihre Förderung durch die Regierungspolitik im allgemeinen Interesse. Sie ist dennoch nicht weniger einseitig im Sinne privater Kapitalinteressen. Wenn Inflationsgefahren nur durch Zurückhaltung mit staatlichen Reformausgaben bekämpft werden können, dann dient dies wiederum dem Gemeinwohl, aber damit nicht weniger der ungehinderten Fortsetzung privater Ausgabendätigkeit. Wenn die Überzeugung vorherrscht, daß die Preise primär von den Löhnen bestimmt werden, dann erscheint eine Regierungspolitik des Drucks auf Lohnverhandlungen als im Interesse des Ganzen liegend. Dennoch ist sie um

25) Miliband, a. a. O., S. 357.

26) a. a. O., S. 110.

27) Vgl. a. a. O., S. 109.

nichts weniger einseitig, solange keine effektive Kontrolle der ArbeitgeberVUnternehmerseite vorgenommen wird oder werden kann.

Es gibt gewiß keine Monokausalität, um die Probleme des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien, insbesondere das Problem der Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten durch die SPD als einer „Regierungspartei“ zu deuten. Die Rationalisierung der Vorgänge kommt aber nicht um die Erkenntnis herum, daß sowohl die Entwicklung der Sozialstruktur der Parteien, insbesondere der SPD, als auch die Tatsache der Regierungsführung durch die SPD, Anlaß zu einer Politik der organisierten Arbeitnehmer sein müssen, sich stärker als bisher auf die eigenen Möglichkeiten, Forderungen und Mittel zu besinnen. Dabei kommt man nicht um die Erkenntnis herum, daß es viele Programmpunkte, aber kaum eine Theorie; viele Anklagen, aber häufig wenig Realistik gibt. Diesem Problem soll der letzte Teil dieses Beitrages gewidmet sein.

Zur Strategiediskussion

Zwei Aspekte des Themas gilt es weiterhin zu beachten. Die Sicherung der aktuellen Vertretung der tatsächlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten durch Gewerkschaften und Parteien sowie die Entwicklung und Durchsetzung von Strategien, die mittel- und langfristig kapitalistische Herrschaftsstrukturen und -einbindungen zugunsten demokratischer Selbstbestimmung der abhängig Beschäftigten aufheben. Damit mündet das Thema in die bekannte Frage nach „Integration“ oder „Gegenmacht“ ein sowie auch in Fragen der Transformation und Selbstadaption²⁸⁾ des gegenwärtigen Kapitalismus.

Hier gibt es eine Fülle von Vorlagen. Es wäre wenig sinnvoll, sie alle erwähnen zu wollen. Richtpunkt soll die Frage bleiben, wie das Problem systemimmanenter Interessenvertretung verbunden werden kann mit einer Strategie, die auf systemtransformierende Dauersicherung der Interessen abhängig Beschäftigter zielt. Eberhard Schmidt²⁹⁾ konzentriert das Problem auf die Alternative: „Autonome Verteidigung der Arbeiterinteressen oder Integration ins bestehende System.“ Eine autonome Gewerkschaftspolitik, zu der nach Schmidt auch die Verweigerung einer Mitarbeit in den Institutionen staatlicher Einkommenspolitik gehört, bringe zwar nicht automatisch eine Veränderung der Gesellschaft zustande. Sie sei aber eine der Voraussetzungen für eine Umgestaltung des bestehenden Systems. Die Umsetzung in Politik allerdings könnten die Gewerkschaften allein nicht leisten. Dazu sei eine Massenpartei erforderlich. Als Folge bewußter geführter sozialer Konflikte verspricht er sich eine Erneuerung der Organisationsformen der Arbeiterklasse, Partei und Gewerkschaft, möglicherweise ergänzt durch eine

28) Vgl. Hierzu z. B. Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972.

29) Schmidt, Eberhard: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1971.

dritte Bewegung von Delegierten und Arbeiterräten in den Betrieben. Vor allem letzteres ist ein wichtiger Hinweis. Wie hilfreich und realistisch ist diese Gesamtkonzeption angesichts der aktuellen Probleme des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften in der Bundesrepublik und der Regierungspartei SPD? Autonome Gewerkschaftspolitik heißt bei Schmidt u. a. ³⁰⁾, daß die Gewerkschaften „mit einer unabhängigen Politik andere Prioritäten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung“ setzen müßten als „die Koalition von Unternehmern und Regierung“. Wie und wozu? Diese Fragen müssen wohl deutlicher beantwortet werden. Natürlich führt dies zum Problem der Gewerkschaftstheorie oder einer „offensiven Gewerkschaftsstrategie“ (Schmidt). Die Forderungen sind selbstverständlich geworden, aber damit ist praktisch bislang wenig gewonnen. Zentral ist in der Tat die Behauptung der Autonomie der Gewerkschaften. Sie bedeutet ³¹⁾ Zurückweisung jeder Unterordnung unter Parteien — nicht zuletzt würden die Gewerkschaften, je nach politischer Konstellation, heute zur Opposition und morgen zur Zusammenarbeit mit der Regierung verpflichtet sein — angesichts des kapitalistischen Systems eine untragbare permanente Zerreißprobe. Autonomie bedeutet auch die Ablehnung einer totalen Unterordnung der Lohnpolitik unter sogenannte objektive Kriterien der „kapitalistischen Logik“, wie Entwicklung von Produktivität, Produktion und Profiten. „Die Rolle der Gewerkschaften ist es, stets die wirklichen Bedürfnisse auszudrücken und auf ihre Befriedigung zu drängen.“ Daher ist nach *Andre Gorz* „jede Unterordnung der Tarifautonomie (d. h. der Möglichkeit, die Bedürfnisse auszudrücken) unter eine gegebene wirtschaftliche Situation . . . in normalen Zeiten . . . zutiefst antidemokratisch“ ³²⁾. Autonome Machtpositionen müssen sich mit dem Eintreten für „antikapitalistische Reformen“ (Gorz) verbinden. Wie *Lelio Basso* ³³⁾ lehnt Gorz ein „alles oder nichts“, die Alternative „Reform oder Revolution“ bzw. „Reformismus oder Maximalismus“ ab. Entscheidend sei, den Kampf für den Sozialismus mit dem Kampf um Tagesforderungen zu verbinden. Gorz wie Basso lehnen es strikt ab, Teilerfolge im Kapitalismus durch Reformen eo ipso als eine der denkbaren Arten von „Integrationspolitik“ disqualifizieren zu lassen. Es dürfe keine „Chinesische Mauer“ zwischen den Tageskämpfen und den „sozialistischen Lösungen der Zukunft“ errichtet werden (Gorz). Eine Reform sei allerdings reformistisch, wenn sie ihre Ziele den Kriterien der Rationalität und den Möglichkeiten des bestehenden Systems und seiner Politik unterordne. Die Gefahr der „Integration“ sei zwar gegeben, aber diese sei nicht unvermeidbar. „Man muß das Risiko eingehen, denn es bleibt kein anderer Weg. Die Machtübernahme durch eine revolutionäre Erhebung

30) Alles a. a. O., S. 197 ff.

31) Gorz, Andre: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, 7. Aufl., Frankfurt/M. 1972; Ders., Die Aktualität der Revolution. Nachtrag zur „Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus“, Frankfurt/M. 1970; Ders., Der schwierige Sozialismus.

32) Gorz, Strategie, S. 22.

33) Basso, Lelio: Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt/M. 1969. Dort vor allem: Integration der Arbeiterbewegung und Sozialistische Strategie.

ist ausgeschlossen, das ständige Warten auf die große Krise führt die Arbeiterbewegung zur Auflösung. Die einzig mögliche Linie ist für sie, jetzt schon Machtpositionen zu erobern, die sie auf die Leitung der Gesellschaft vorbereiten³⁴)." Entscheidend ist also mit anderen Worten die permanente Verbindung des Tageskampfes um die Lösung greifbarer Probleme und Widersprüche mit der strikten Verfolgung einer antikapitalistischen, systemtransformierenden Strategie. Allein nach dem Grad des Zusammenklanges könne sich dann entscheiden, was „Integration", was „schrittweise Eroberung antikapitalistischer Machtpositionen im Kapitalismus" bedeutet. Dies ist die autonome Gewerkschaftspolitik. Dieser Grundgedanke findet sich auch bei Lelio Basso³⁵). Es scheint intensiver Diskussion innerhalb der Gewerkschaften der Bundesrepublik wert, was er u. a. fordert: „Es geht darum, sozialistische Lösungen zu entwickeln, die sich an der Logik des gesamtgesellschaftlichen Interesses und nicht an der des Privatprofits orientieren und diese Lösungen überall voranzutreiben." „Die Beteiligung der Arbeiterklasse an den kapitalistischen Institutionen ist nur dann wahrhaft autonom, wenn sie sich überall zum Träger von Lösungen macht, die von diesem Gesamtprogramm ausgehen; denn nur auf diese Weise wird sie nicht nur zu einem Moment, das die kapitalistische Logik in Frage stellt, sondern entwickelt Denk- und Handlungsformen, die im Widerspruch zum Profit und seiner Logik stehen: Durchbrechungsformen." Der widerspruchsvolle Charakter der kapitalistischen Gesellschaft biete unzählige Gelegenheiten für eine Aktion dieser Art. Staatliches Eingreifen in die Wirtschaft, Wirtschaftsprogrammierung, der Ausbau der Sozialleistungen, die Einkommensumverteilung, stellten Symptome des Widerspruchs dar. „Sie sind das Ergebnis von Bemühungen, die die kapitalistische Gesellschaft unternimmt, um ihre Widersprüche aufzulösen, indem sie versucht, Prinzipien, Institutionen und Organisationsformen, die in Wirklichkeit gesellschaftlichen Bedürfnissen entspringen und folglich dem Prinzip des Privatprofits widersprechen, der kapitalistischen Logik unterzuordnen. Erst wenn die Arbeiterklasse sich ihrer Möglichkeiten bewußt wird, auch innerhalb der gegebenen Einrichtungen oder im Rahmen anderer, die noch geschaffen werden können, eine autonome Aktion durchzuführen, können alle widerspruchsvollen Elemente freigesetzt und in wirksame Instrumente der Errichtung einer neuen Gesellschaft verwandelt werden, die sich auf sozialistische Erfordernisse und nicht auf den Profit gründet³⁶)." Der Staat, der heute eine Mittlerfunktion habe, müsse bestehende Kräfteverhältnisse beachten. Bis zu einem gewissen Grade seien alle Entscheidungen das Ergebnis eines Dialogs zwischen den Machtzentren des Kapitals, denen der Arbeitnehmer und denen des Staates. Worauf es ankomme sei, daß die Arbeitnehmer nicht „subaltern", sondern autonom agierten und reagierten, auf der Basis eines Gesamtprogramms.

34) Gorz, Strategie, S. 14.

35) Wenngleich dieser die Bildung eines autonomen, einheitlichen politischen Willens nur in Form einer politischen Partei für möglich hält.

36) Vgl. Basso, a. a. O., S. 43 f.

Es liegt nahe, dies auf die heutige Funktion von Regierungsparteien und die hier angeschnittenen Fragen anzuwenden. Dann aber kann man mit vielen Vorbehalten (aber auch wegen des Platzes für diesen Beitrag fast unverantwortlich verkürzt) feststellen, daß aus dem französisch-italienischen Raum demokratisch-sozialistische Konzeptionen vorliegen, die für die hiesige Gewerkschaftsdiskussion weitaus mehr Beachtung als bisher verdienen. Immerhin könnte nach ihnen z. B., unter bestimmten Bedingungen, durchaus auch der Mitbestimmungskompromiß der SPD/FDP-Koalition vom Frühjahr 1974 theoretisch-strategisch positiv und konstruktiv verstanden und eingeordnet werden. Allerdings gehört dazu dann auch noch immer ein Gesamtprogramm.